

## **Dreh Dich nicht um, der schwarze Mann geht um!**

Präsident Sarkozy ruft und die Schweizer Presse schreibt. Seit Monaten sind die „Roma aus Rumänien“ ein Dauerbrenner in unsern Zeitungen. Und die Lieblingsfrage der hiesigen Journalisten lautet: „Kommen „DIE“ jetzt alle in die Schweiz?“ Nein, „DIE“ kommen nicht in die Schweiz. „DIE“, das ist eine für Frankreich mit seinen rund 65 Millionen Einwohnern, wovon 5 Millionen Immigranten, hauptsächlich aus Nordafrika, sind, eine eigentlich äusserst unbedeutende Minderheit. Genaue Zahlen gibt es nicht. Es sind ein paar tausend, die hauptsächlich in den Armutsgürteln rund um die Grossstädte leben, in verlassenen Fabriken, abbruchreifen Häusern, selbstgebastelten Bretterbuden. Schon seit Jahren weist Frankreich jedes Jahr tausende von „DENEN“ aus, setzt sie ins Flugzeug zurück nach Rumänien, worauf etliche von ihnen ihr EU-Recht wahrnehmen und die 300 Euro „Abschiebe-Prämie“ für eine neue Zugfahrt nach Frankreich verwenden, denn dort haben sie sich inzwischen eingelebt, seit Jahren ein neues Leben angefangen, das sie nicht so einfach aufgeben wollen und können. „DIE“, das sind die Leute, die den Armut- und Elends-Rand der EU bilden. Während Jahrhunderten lebte diese Gruppe der Roma in Rumänien als Sklaven der Grossgrundbesitzer. Nach dem zweiten Weltkrieg gehörte Rumänien zum Ostblock. In dieser Zeit gab es im ganzen Osten offiziell keine Arbeitslosigkeit. Und tatsächlich hatte auch ein Grossteil dieser Roma ein, wenn auch äusserst bescheidenes, regelmässiges Einkommen. Viele von ihnen waren im Bergbau beschäftigt, wo sie für kleinen Lohn die gefährlichsten Drecksarbeiten ausübten. Nach der Wende brach Rumäniens Industrie zusammen. Die Kohlengruben wurden geschlossen. Zehntausende Kumpels, wie man die Bergarbeiter oft nennt, wurden arbeitslos. Es begann ein gnadenloser Verdrängungskampf um die kleinsten Hilfsarbeiten, ja um jedes Stück Brot. Die Roma waren einmal mehr „die Fremden“, die „das Brot stehlen“. Ihre Häuser wurden reihenweise angezündet, oft sogar wenn die Leute darin schliefen. Es gab viele Tote, als Opfer von Schiessereien aber auch als Lynchopfer regelrechter Treibjagden. Die Grossstädte versprachen ein Minimum an Anonymität und Überlebenschancen. Zunächst in Rumänien selbst, später in der EU. Doch das ist nun alles 10 – 20 Jahre her und interessiert keinen der schnelllebigen Zeitungsschreiber. „Fahrende“ sind „DIE“ trotzdem nie geworden. Im Gegenteil, sie versuchen ja nur, ein paar Brosamen vom Tisch des reichen Westens zu ergattern, in bescheidensten Verhältnissen ein kleines, relatives Glück zu finden, das Stück Überlebessicherheit, das ihnen in Rumänien so schmerzlich abhanden gekommen ist. Die Schweiz ist kein gutes Land für „DIE“. Unsere Städte sind zu klein, die leerstehenden Fabriken werden laufend abgerissen oder gut bewacht. Hier finden die Ärmsten der Armen keine Bleibe. Falls sie es doch einmal versuchen, wie vor ein paar Jahren in Genf, als eine Gruppe unter den Brücken schlief, droht die Polizei ihnen mit den hier ja seit langem „bewährten“ Kindswegnahmen...

Präsident Sarkozy hasst die Zigeuner. Wie sein Name vermuten lässt, stammt ja auch er selbst nicht aus einem alten französischen Geschlecht. Ob er selbst von den Gehassten abstammt, konnte bislang noch niemand beweisen oder widerlegen. Jedenfalls ist sein Name bei den Roma in Österreich und Ungarn weit verbreitet. Dass diese Nähe zu den Roma ihm peinlich ist, darf vermutet werden. Vielleicht liegen darin seine Motive verborgen, die ihn schon als Innenminister dazu bewegten, einen regelrechten Feldzug gegen die „Gens du voyage“, die Fahrenden also, zu führen und lautstark die Abschaffung des französischen Gesetzes, das die Schaffung von Standplätzen vorschreibt, einzufordern. Damals als Innenminister gewann er seinen Krieg gegen die Fahrenden noch nicht. Das Gesetz ist bis heute in Kraft. Es schreibt vor, dass jede Gemeinde mit mehr als 5'000 Einwohnern einen Standplatz zur Verfügung stellen muss. Der UNO-Ausschuss für die Eliminierung der

Rassendiskriminierung stellte in seinem Bericht über Frankreich 2006 fest, dass in ganz Frankreich lediglich 262 solcher Standplätze bestehen, rund 1'300 Plätze fehlen.

Um sich gegenüber der EU vom Vorwurf des Rassismus reinzuwaschen, gab Sarkozy im August bekannt, dass sich die aktuelle französische Politik eben nicht nur gegen rumänische Roma richte, sondern auch gegen die „Gens du voyage“ mit französischem Pass, also die insgesamt über 300'000 Manouches, Roms und Yéniches, die auf diesen paar offiziellen Plätzen leben sollten. Kein Wunder also, dass Sarkozy stolz verlauten lassen konnte, dass von den bis dahin insgesamt durchgeführten 554 Räumungen „illegaler Lager“ lediglich 199 gegen die Armutssiedlungen der Roma gerichtet waren, 355 Räumungen aber Standplätze von Fahrenden betrafen, Plätze also, die wir hier vielleicht „spontanen Halt“ nennen würden, weil sie seit Jahren, ja Jahrzehnten geduldet waren, aber nie diesen offiziellen Status als Standplatz erhielten. Ich war in der Woche nach der Feckerchilbi in Südfrankreich unterwegs. All die Plätze, die ich kannte, wo noch letztes Jahr Jenische standen, waren leer, die Zufahrt mit Felsbrocken versperrt.

Diesen Teil der Wahrheit muss man im Ausland suchen, in der französischen und deutschen Presse, wie z.B. der Frankfurter Allgemeinen (FAZ), die diese Zahlen am 24.9.2010 veröffentlichte. Seit Juli ist das vorher fast vergessene Wort „Landfahrer“ als deutsche Übersetzung von „Gens du voyage“ in den deutschen Zeitungen plötzlich wieder allgegenwärtig. Im ersten Halbjahr 2010 kam das Wort in 11 Meldungen vor, seit dem 1. Juli in 106! Ein Beispiel aus der Zeitung „der Westen“ vom 19.8.: Sarkozys „Krieg gegen die Hütten“ ruft nicht nur Menschenrechtler, linke Intelligenz und besorgte Bischöfe auf den Plan. Selbst Freunden in der Präsidentenpartei UMP stösst seine mit viel Getöse inszenierte Kampagne zur Nationalen Sicherheit bitter auf. „Das ist Sand in die Augen streuen“, empört sich der UMP-Parlamentarier François Goulard. Und fügt hinzu: „Die Sicherheitsprobleme unseres Landes haben mit ein paar Roma-Lagern nichts zu tun.“

Auch Alain Juppé, Bürgermeister von Bordeaux und unter Jacques Chirac Premierminister, distanziert sich offen. Alle Volksgruppen in einen Topf zu werfen, sei ein Unding. In seiner Stadt versperren seit Tagen 140 vertriebene Landfahrerfamilien („gens du voyage“) mit ihren 250 Wohnwagen die Strassen. Juppé bricht eine Lanze für das Fahrende Volk, zumeist Kaufleute, deren Vorfahren schon seit Jahrhunderten Jahr- und Wochenmärkte im ganzen Land ansteuern. „Sie sind Franzosen und haben Arbeit, wir in Bordeaux ächten sie keinesfalls“, sagt der Bürgermeister, der ausdrücklich den grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit unterstützt. „Es stimmt, das Roma-Problem kann nur auf europäischer Ebene gelöst werden.“

Seit Sonntag, 15. August blockierten in Bordeaux diese 250 Wohnwagen eine Autobahn-Brücke. Auch von Hundertschaften der mit Schlagstöcken anrückenden Bereitschaftspolizei liessen sie sich nicht beeindrucken. Am Montag zogen sie zu Fuss los, um vor dem Bürgermeisteramt zu demonstrieren. Zwei Tage später hatten diese, zuvor genau von einer dieser Sarkozy-Räumungen betroffenen, Gens du voyage zumindest wieder eine vorläufig geduldete Bleibe neben einem Sportstadion, wo sie Wasser und Strom beziehen können.

Doch von solchen Tatsachen weiss die Schweizer Presse von A bis Z, von Aargauer Zeitung bis Zürichsee-Zeitung nichts. Zu offensichtlich ist, dass die Politik in Frankreich sich von unsern Schweizer Behörden nicht so sehr unterscheidet, wie die Schlagzeilen es uns gerne Glauben machen wollen. Hüben wie drüben fehlen die Plätze, die französische Gesetze und schweizerische Bundesgerichts-Urteile und Raumplanungs-Studien für unsere Leute so wohlwollend vorsehen, aber auch 10 und 20 Jahre nach ihrer Veröffentlichung nicht verwirklichen.

Venanz Nobel, 20. Oktober 2010